

THEMENINFORMATION

Soll die Schule unterrichten, wie man Vermögen bildet?

1. Begrifflichkeit

Eine »Schule« ist eine staatliche oder private Einrichtung, in der Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unterrichtet werden. Gemeint sind hier insbesondere weiterführende Schulen, an denen die Abschlüsse der Sekundarstufe I und II erworben werden können, wie etwa Haupt- und Realschulen, Gesamt-, Gemeinschafts- oder Stadtteilschulen sowie Gymnasien, aber auch berufsbildende Schulen.

»Unterrichten« ist die geplante Vermittlung von Fertigkeiten und Wissen durch eine dafür ausgebildete oder sonst qualifizierte Lehrkraft innerhalb eines institutionellen Rahmens, etwa einer Schule. Die Wissensvermittlung bezieht sich auf thematisch abgegrenzte Inhalte, für die unabhängig von der einzelnen Unterrichtssituation definierte Lernziele vorgegeben sind.

Unter »Vermögen« sind alle dauerhaften Güter zu verstehen, denen ein Geldwert zukommt und die einer oder mehreren Personen zugeordnet werden. Hierzu gehören etwa das Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Gegenständen, Bargeld oder Buchgeld auf einem Konto, Wertpapiere oder Forderungen. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelt wird und grenzt sich damit vom Begriff des Einkommens ab, der alle Einkünfte in Form von Geld oder Sachgütern beschreibt, die einer Person oder einem privaten Haushalt periodisch zufließen, zum Beispiel ein monatlich gezahlter Arbeitslohn, die Miete oder die Pacht für ein Grundstück.

»Bilden« meint in diesem Zusammenhang *aufbauen* oder *vermehrten*. Vermögensbildung beschreibt so die nicht konsumbezogene Verwendung von Teilen des laufenden Einkommens zum Aufbau oder zur Vermehrung des Vermögens. Dies kann etwa durch eine Einzahlung auf Konten von Kreditinstituten, Bausparverträgen oder Lebensversicherungen, durch Anlage in Wertpapieren und Aktien oder durch den Erwerb von Immobilien erfolgen. Zu unterscheiden sind Geldvermögen wie Guthaben auf Konten, festverzinsliche Wertpapiere, Lebensversicherungen und Bargeld, das Sachvermögen etwa in Form von Haus- und Grundbesitz sowie das Produktivvermögen (Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen). Außer durch Konsumverzicht kann der Erwerb eines Vermögens auch durch Übertragung erfolgen, etwa durch eine Erbschaft oder Schenkung. Vermögensbildung erfolgt zur finanziellen Absicherung für Zeiten, in denen eine Erwerbstätigkeit nicht (mehr) möglich ist oder zur Finanzierung von Vorhaben, die nicht aus dem laufenden Einkommen bezahlt werden können.

2. Gegenwärtige Regelung

Derzeit gibt es an deutschen Schulen keinen verpflichtenden Unterricht, in dem junge Menschen lernen, wie man Vermögen bildet. Nach den Regelungen des Grundgesetzes zur Verteilung der Kompetenzen im föderalen Bundesstaat sind die Bundesländer für das Schulwesen und damit auch für die Festlegung zuständig, was und wie in der Schule gelernt wird. Bundeseinheitliche Vorgaben für Schulunterricht zur Vermögensbildung bestehen nicht.

Schulunterricht mit Bezug zu Wirtschaft und Finanzen

Für die Bildung von Vermögen gibt es in keinem Bundesland ein eigenes Schulfach und auch in der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten sind entsprechende Inhalte nicht verankert. Dass Sparen, Vorsorge und Geldanlage als Themen überhaupt in der Schule behandelt werden, ist ein absoluter Sonderfall. Ein Ausnahmebeispiel ergibt sich in Baden-Württemberg aus dem Bildungsplan für das Fach *Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung*. Schon in der Sekundarstufe I befassen sich Schülerinnen und Schüler mit Formen und Zielen einer Vermögensanlage, der Rolle von Geldanlegern auf dem Finanzmarkt und dem Anlegerschutz.

Während jedenfalls an berufsbildenden Schulen in allen 16 Bundesländern *Wirtschaft* unterrichtet wird, bestehen an allgemeinbildenden Schulen sehr **unterschiedliche Rahmenbedingungen** für eine allgemeine Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragestellungen. Verpflichtenden Unterricht zu Wirtschaft und Finanzen gibt es nicht in allen Ländern und in keinem einzigen Bundesland hat ein solches Schulfach hinsichtlich des Gesamtumfangs an Unterrichtsstunden den Stellenwert eines Nebenfaches wie Biologie oder Geschichte.

Überwiegend besteht das Unterrichtsangebot zur ökonomischen Bildung in Form einer **Kombination mehrerer Themenbereiche**, was eine Reduzierung der Unterrichtszeit für wirtschaftsbezogene Themen zur Folge hat. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien lernen etwa *Wirtschaft und Recht* (BY) oder *Wirtschaft-Arbeit-Technik* (HB). Die meisten Bundesländer integrieren wirtschaftliche Inhalte in das jeweilige Fach zur politischen Bildung – so wird *Politik, Gesellschaft, Wirtschaft* (HH) unterrichtet oder *Politik und Wirtschaft* (HE). Dabei geht es dann um Grundlagen des Wirtschaftssystems und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, nur selten um Fragen, die das Wirtschaften des Einzelnen betreffen. Unterschiede ergeben sich auch zu nichtgymnasialen Schulen, an denen wirtschaftliche Inhalte in einigen Ländern eine größere Rolle spielen, mitunter aber auch noch geringere Bedeutung haben.

An Bedeutung gewonnen hat das Wirtschaftsthema *Unternehmensgründung*, wozu an vielen Schulen die Teilnahme an öffentlich-privat geförderten Wettbewerben wie der *Gründerwoche*, *Jugend gründet* oder dem *JUNIOR*-Wettbewerb für Schülerfirmen angeboten wird.

Staatliche Unterstützung privater Vermögensbildung

Der Staat hat ein Interesse an der Vermögensbildung des Einzelnen. Dies zeigen zwar nicht die Lehrpläne, aber entsprechende **öffentliche Fördermaßnahmen**, von denen besonders Personen mit niedrigerem Einkommen profitieren sollen. So ist gesetzlich geregelt, dass Arbeitgeber die Geldanlage ihrer Beschäftigten neben dem Gehalt durch *Vermögenswirksame Leistungen* unterstützen sollen, die durch die staatlich finanzierte *Arbeitnehmersparzulage* aufgestockt werden können. Der Abschluss eines Bausparvertrages zum Erwerb von Wohneigentum kann mit der *Wohnungsbauprämie* jährlich bezuschusst werden. Zugunsten der **finanziellen Absicherung im Alter** sorgt der Staat dafür, dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten eine *Betriebliche Altersversorgung* anbieten müssen und unterstützt zudem die *Private Altersvorsorge* durch finanzielle Förderung bestimmter Zusatzrenten wie der *Riester-Rente*.

3. Aktualität der Streitfrage

Das Interesse an der Vermögensbildung ist spürbar angestiegen. Digitale Angebote senken die Hürden für einen Einstieg und führen zu verstärkten Aktivitäten junger Menschen am Kapitalmarkt, wenngleich das notwendige Wissen dazu fehlt. Zugleich hat private Vermögensbildung in den 20er-Jahren des 21. Jahrhunderts aufgrund einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Ausgangslage in Deutschland an Bedeutung gewonnen.

Neue Entwicklungen, gestiegenes Interesse, erhebliche Gefahren

Online-Banking und -Payment haben die alltägliche Verwaltung des eigenen Geldes stark vereinfacht und den Besuch einer Bankfiliale für die meisten Menschen überflüssig gemacht. Neue Entwicklungen aus der FinTech-Branche (Financial Technology) im Bereich **Online-Broking** machen seit einigen Jahren auch verschiedene Formen langfristiger Kapitalanlage zu einer Angelegenheit, die mit dem Smartphone erledigt werden kann. Auch wenn Investment-Möglichkeiten an Komplexität zunehmen, die Barrieren eines Einstiegs über Apps wie *TradeRepublic*, *Scalable Capital* oder *eToro* sind niedriger denn je. Mobilität, Simplizität und geringe Einstiegs- und Transaktionskosten machen das Investieren gerade für junge Menschen attraktiv, deren Interesse an der Vermögensbildung zugenommen hat. Dies zeigt etwa die Jugendstudie des Bankenverbandes aus dem Jahr 2021, wonach bereits 21 % der befragten 14- bis 24-Jährigen angaben, Aktien oder andere Wertpapiere zu besitzen – im Jahr 2018 waren es noch 9 %. Unter den Befragten, die bisher keine Wertpapiere besaßen, konnten sich immerhin 59 % vorstellen, solche in Zukunft zu erwerben.

Während in der Vergangenheit die Geldanlage vornehmlich ein Erwachsenenthema war, kommen junge Menschen damit zunehmend in ihrer eigenen **Lebensrealität** in Kontakt. In **sozialen Netzwerken** wie *Instagram* und *TikTok* oder bei *YouTube* verbreiten Influencer mit fragwürdiger Expertise ihre Anlagestrategien und preisen die Vorzüge eines frühen Einstiegs. Zudem rücken Jugendliche durch Online-Spiele unbewusst an das Thema Geldanlage heran, in denen die Bedeutung des Handels mit Spielerprofilen oder virtuellen Gegenständen seit einigen Jahren stark zugenommen hat. So überrascht es nicht, dass auch außerhalb von *FIFA*, *Fortnite* und *Minecraft* (vermeintliche) Anlageformen der digitalen Welt besonders für junge Menschen reizvoll scheinen. Laut Vermögensbarometer 2021 des Sparkassenverbandes halten etwa nur 7 % aller Befragten **Kryptowährungen** für eine geeignetes Produkt zum Vermögensaufbau – bei den 14- bis 29-Jährigen sind es mit 13 % fast doppelt so viele, unter Auszubildenden sogar 18 %. Diese Produkte sind jedoch besonders riskant und hochumstritten. Gleiches gilt etwa für **NFTs** (Non-Fungible Tokens), einzigartige digitale Vermögensgegenstände wie Bilddateien, auf deren Wertentwicklung spekuliert wird.

Unzureichende ökonomische Bildung bei Jugendlichen

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Finanzwissen beträchtliche Lücken aufweist. Laut Sparkassen-Vermögensbarometer sind etwa 54 % der 14- bis 29-Jährigen die staatlichen Fördermaßnahmen zur Vermögensbildung unbekannt – Wissen über betrieblicher Altersvorsorge, vermögenswirksamen Leistungen oder Bausparprämie haben jeweils nur 1-2 % der Befragten. Insgesamt bewerten junge Menschen ihre **Kenntnisse zu Finanzthemen** auf einer Schulnotenskala nur mit einer 3,3. Dies zeigt der W²-Jugendfinanzmonitor 2022 im Auftrag der *SCHUFA*. Eine vergleichbare Note vergaben die befragten 16- bis 25-Jährigen für ihr Wissen Formen der Geldanlage wie Tagesgeldkonten, Sparbüchern, Aktien oder Investmentfonds. Noch schlechter eingeschätzt

wurden Wissen und Fähigkeiten in Bezug auf die Aufnahme eines Kredits (4,1), den Abschluss eines Vertrags zur Altersvorsorge (4,3) oder eines Immobilienkredits (4,6).

Dabei besteht ein **Interessen an Finanzen und Vermögensbildung**. Nach der Jugendstudie des Bankenverbandes finden 71 % der jungen Menschen Informationen zu Geldangelegenheiten wichtig oder sehr wichtig. Bei möglichen Mehrfachangaben gaben 64 % der Befragten an, ihren Informationsbedarf auf Blogs oder anderen Internetseiten zu befriedigen, 32 % durch persönliche Gespräche – neben *YouTube* (9 %), weiteren sozialen Medien (7 %) oder Broschüren (5 %) setzten immerhin 27 % der Befragten ein Kreuz bei *Sonstiges*. Dies deckt sich mit den Zahlen aus dem Jugendfinanzmonitor: Nur 25 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben ihr Finanzwissen aus dem Schulunterricht – 93 % wünschen sich mehr **Finanzbildung in der Schule**. Welche Themen dabei einen höheren Stellenwert haben sollten, erfragte der Bankenverband in seiner Jugendstudie: Bei möglicher Mehrfachantwort wünschten sich 87 % der Befragten Informationen zum Umgang mit Geld, 81 % zu Möglichkeiten der Altersvorsorge und immerhin 73 % zu Möglichkeiten der Geldanlage.

Wie das Finanzwissen deutscher Jugendlicher im **internationalen Vergleich** abschneidet, lässt sich schwerlich beurteilen. Seit 2012 wird von der OSZE im Rahmen der PISA-Schulbildungsstudie die finanzielle Allgemeinbildung 15-jähriger Schülerinnen und Schüler beforscht. Deutschland beteiligte sich nach Beschluss der Kultusministerkonferenz aber 2012 und 2015 nicht an der Erhebung. Auch für 2018 liegen deutsche Daten nicht vor.

Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland

Die zunehmende Überalterung der Gesellschaft erschwert die finanzielle Absicherung im Alter. Mehr ältere Menschen, die länger eine gesetzliche Rente beziehen und weniger arbeitende Menschen, die in die Rentenkassen einzahlen, sorgen für ein Absinken des Rentenniveaus für nachfolgende Generationen. Die absehbare **Versorgungslücke** für heute junge Menschen ist beträchtlich und wird über die nächsten Jahrzehnte noch größer. Die private Vermögensbildung zur Altersvorsorge wird so immer bedeutsamer.

Junge Menschen, die in ihrem Berufsleben Haus- oder Wohnungseigentümer werden wollen, müssen dafür heutzutage früher mit dem Sparen anfangen, als dies in der Generation ihrer Eltern der Fall war. Der seit mehr als 15 Jahren bestehende **Immobilienhype** mit starken Preiserhöhungen für Grundstücke und Immobilien, gestiegene Preise für Baumaterialien und der Fachkräftemangel im Handwerk machen eine langfristige Planung zum Aufbau von ausreichend Eigenkapital erforderlich, wenn nicht größere Erbschaften zu erwarten sind.

Sichere Geldanlagen der Generation ihrer Großeltern wie Festgeldkonto oder Bausparvertrag bieten jungen Menschen heute keinerlei Aussicht auf Zinserträge. Nach langen Jahren niedriger oder sogar negativer Zinsen geht die **Inflationsrate** seit dem Jahr 2021 steil nach oben. Die Corona-Pandemie mit Folgen wie Transport- und Lieferproblemen, Kurzarbeit und Jobverlusten sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der für die nur indirekt betroffenen Menschen in Deutschland zu einer drastischen Erhöhung der Energie- und Rohstoffkosten geführt hat, haben gezeigt, wie wichtig Rücklagen für *schlechte Zeiten* sind.

Auch das deutsche **Wirtschaftswachstum**, das stets einen zunehmenden gesellschaftlichen Wohlstand versprach, scheint nicht mehr unaufhaltsam. Dass eine immerzu wachsende Wirtschaft nicht per se geeignet ist, eine gute Zukunft für alle Menschen zu versprechen, zeigen globale Bedrohungen wie der **Klimawandel**, die Verhaltensänderungen in allen Bereichen erforderlich machen.

4. Relevanz der Streitfrage

Die Relevanz der Streitfrage ergibt sich aus der herausragenden Bedeutung finanzieller Unabhängigkeit für die persönliche Lebensgestaltung des Einzelnen und der (Mit-)Verantwortung des Staates, diese zu ermöglichen und abzusichern.

Bedeutung privater Vermögensbildung für eine unabhängige Lebensgestaltung

Von vielen rechtsstaatlich garantierten **Freiheiten** können nur diejenigen Gebrauch machen, die nicht durch stark begrenzte finanzielle Ressourcen an einem Zugang zu Bildung, Technologie, Kultur oder etwa an persönlicher Mobilität und Freizügigkeit gehindert werden. Finanzielle Unabhängigkeit erwachsener Menschen, die eine **Teilhabe** ermöglicht, ist zunächst abhängig von einer fairen Entlohnung im **Arbeitsleben** und dem damit verbundenen Erwerb von Renten- oder Pensionsansprüchen. Mit dem Beginn deren Auszahlung nach Abschluss der Erwerbstätigkeit verringern sich die Möglichkeiten drastisch, Einfluss auf das Einkommen zu nehmen – für die allermeisten Menschen werden spätestens zu diesem Zeitpunkt der eigenen finanziellen Unabhängigkeit Grenzen gesetzt. Existiert etwa in der Familie nicht bereits ein Vermögen, das an die nächste Generation weiterübertragen wird, kann eine **dauerhafte Sicherung** größtmöglicher finanzieller Unabhängigkeit nur durch den frühzeitigen Aufbau eines eigenen Vermögens erfolgen, das Möglichkeiten schafft, wo das verbleibende Einkommen Grenzen setzt.

Die Rolle des Sozialstaates und die Verantwortung des Einzelnen

Dennoch muss und kann nicht jeder ein Vermögen bilden. Artikel 20 des Grundgesetzes schreibt fest, dass die BRD ein Sozialstaat ist. Wer kein ausreichendes Einkommen und kein Vermögen hat, kann sich auf **Unterstützung des Staates** verlassen, der eine alltägliche wirtschaftliche Absicherung, ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe und einen Zugang zum Gesundheitssystem gewährleistet. Vom Sozialstaat darf zudem beansprucht werden, das Bildungssystem im Sinne der Chancengleichheit auszugestalten – der Zugang zu Bildung hat schließlich großen Einfluss auf spätere Möglichkeiten beruflicher Betätigung. Dass der Sozialstaat ein Interesse an der privaten Vorsorge seiner Bürgerinnen und Bürger hat, zeigen dessen Instrumente, die insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen beim Vermögensaufbau unterstützen. Mit der Streitfrage geht der Gedanke einher, dass der Staat nicht nur durch eine **Qualifikation für das spätere Erwerbsleben** und eine **Bezuschussung bestimmter Geldanlageformen** Einfluss auf die Sicherung finanzieller Unabhängigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger nehmen könnte, sondern auch durch eine **Vermittlung von Wissen zur Bildung von Vermögen**. Erfolgt eine derartige Wissensvermittlung in der Schule, würde sie diejenigen erreichen, die noch nicht finanziell eigenständig sind und frühzeitig die Grundlagen dafür legen könnten.

Sicherung privater Vermögensbildung als Teil des Bildungsauftrags der Schule

Geht man davon aus, dass dies nicht Privat- und etwa Sache der Eltern ist, stellt sich die Frage, ob die Vermittlung von Fachwissen zur Bildung von Privatvermögen zum Auftrag öffentlicher Schulen passt – und zu dem Ziel einer Heranbildung mündiger Menschen, die sich Inhalte im späteren Leben erschließen können, auch wenn diese nicht konkret in der Schule behandelt wurden. Ob die von Unternehmen geforderte und von Schülerinnen und Schülern gewünschte Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Fragestellungen sich auf das Wirtschaftssystem beziehen und dessen gesellschaftlichen Auswirkungen hinterfragen oder auch das Wirtschaften und Geldanlagen des Einzelnen umfassen soll, bedarf der Debatte.

5. Argumente Pro & Contra (Beispiele)

Pro	Contra
Fehlendes Wissen über Vermögensbildung ist ein Problem, das die Wohlstandsentwicklung vor allem in ärmeren Bevölkerungsteilen hemmt und soziale Ungleichheit zementiert. Nur mit ausreichendem Finanzwissen können frühzeitig gute Entscheidungen über die Verwaltung und die Anlage des eigenen Geldes getroffen werden, die später ein selbstbestimmtes Leben garantieren und Wohlstand ermöglichen. Etwas Geld sparen und sinnvoll anlegen kann jeder, wenn das erforderliche Grundwissen vorhanden ist.	Nicht fehlendes Wissen über Finanzthemen, sondern ungleiche soziale Ausgangsvoraussetzungen sorgen dafür, dass großen Teilen der Bevölkerung die finanziellen Möglichkeiten für die Bildung eines Vermögens fehlen. Wer nicht genügend Geld zum Leben hat, kann damit auch kein Vermögen bilden. Dass Jugendliche wenig über Kapitalanlageformen wissen, ist kein grundlegendes gesellschaftliches Problem, denn dieses Wissen ist nicht für alle von Bedeutung, erst recht nicht in jungen Jahren.
Wenn Vermögensbildung ausschließlich Privatsache ist, verschärft dies soziale Ungleichheit. Kinder aus vermögenden Verhältnissen müssen nicht, können aber von ihren Eltern lernen. Kindern ohne vermögende Eltern fehlen die für sie notwendigen Vorbilder und Kenntnisse. Dies kann geändert werden, wenn die Vermittlung von Finanzwissen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe der staatlichen Institution überlassen wird, die alle Jugendlichen besuchen.	Die finanziellen Verhältnisse entscheiden zwar über Nutzen, nicht aber über die Möglichkeiten der Eltern, ihren Kindern etwas zur Vermögensbildung zu erklären. Dies ist nicht Sache der Schule. Es ist damit zu rechnen, dass die soziale Ungleichheit zwischen Jugendlichen im Unterricht eine noch größere Rolle spielt, wenn benotete Lerninhalte nur für einen Teil der Lerngruppe einen praktischen Nutzen und einen Bezug zu der eigenen Lebensrealität haben.
Immer mehr Menschen nutzen neue technische Möglichkeiten und investieren Geld über Apps. Mangelndes Wissen über riskante Kapitalanlagen kann auch bei einem Start mit kleinen Beträgen zu hohen Verlusten führen und junge Menschen zum Start ihres Erwerbslebens in finanzielle Krisen stürzen. Hier hat der Staat eine Schutzpflicht für seine Bürgerinnen und Bürger, gerade wenn es sich dabei um junge Menschen handelt.	Die Gefahr von Verlusten am Aktienmarkt betrifft nur wenige junge Erwachsene und ist dabei lediglich eine von vielen. Zum Auftrag der Schule gehört die Auseinandersetzung mit Gefahren, mit denen die meisten Jugendlichen tatsächlich in Kontakt kommen: Alkohol, Drogen, Glücksspiel oder sexuell übertragbare Krankheiten. Nicht für alle Gefahren im außerschulischen Bereich kann in der Schule vorgesorgt werden.
Das Problem mangelnder finanzieller Bildung kann durch die Schule gelöst werden. Gerade weil es sich dabei um ein komplexes Thema handelt, sollte frühzeitig damit begonnen werden. Dabei geht es nicht um Anlagestrategien oder tagesaktuelles Geschehen an den Finanzmärkten, sondern um Grundbegriffe und einen Überblick über die Funktionsweise einfacher Anlageformen.	Die Schule kann jungen Menschen kein nützliches Wissen über Geldanlagen vermitteln, da selbst unter Fachleuten keine Einigkeit darüber herrscht, wie Vermögen am besten aufgebaut werden kann. Lehrkräfte sind dafür nicht ausgebildet und haben allenfalls persönliche Erfahrungen. So besteht die Gefahr, dass vermeintliches Schulwissen zu finanziellen Verlusten führt.

<p>Jugendliche bedauern ihren Wissensmangel im Bereich Finanzen und sind für einen entsprechenden Unterricht sehr motiviert. Die Schule sollte darauf reagieren, wenn junge Menschen an wichtigen Themen interessiert sind. Mit leichten Anpassungen in den Lehrplänen könnte die Vermögensbildung problemlos in den Schulunterricht aufgenommen werden und würde dann auf eine außerordentlich motivierte Schülerschaft treffen.</p>	<p>Es bleibt abzuwarten, ob junge Menschen interessiert bleiben, wenn Finanzwissen von Lehrkräften in der Schule vermittelt wird. Schulische Bildungsinhalte können nicht allein unter Motivationsgesichtspunkten festgelegt werden. Zugunsten der Vermögensbildung würden gesamtgesellschaftlich relevante Unterrichtsinhalte mit Wirtschaftsbezug gestrichen werden, die mit politischer Bildung verknüpft sind.</p>
<p>Mit der Bildung eines Vermögens für den Erwerb einer Immobilie oder zur Altersvorsorge sollte frühzeitig begonnen werden. Ein entsprechender Wissenstransfer in der Schulzeit erleichtert jungen Menschen einen rechtzeitigen Einstieg in den Aufbau eines Vermögens. Häufig haben Schülerinnen und Schüler dann bereits einen Nebenjob oder erhalten regelmäßiges Taschengeld.</p>	<p>Wissen zur Vermögensbildung nützt jungen Menschen erst, wenn diese selbst Geld verdienen, welches sie anlegen können und dürfen, also frühestens zum Abschluss der (Schul-)Ausbildung und Eintritt in die Berufstätigkeit. Wenn überhaupt sollten staatliche Bildungsmaßnahmen erst dann erfolgen, damit Gelerntes nicht vergessen wird, bevor es angewendet werden kann.</p>
<p>Es besteht ein gesamtgesellschaftliches Interesse an der Vermögensbildung des Einzelnen. Hierbei handelt es sich um eine private Aufgabe. Statt nur mit kleinen Beiträgen aktiv beim Sparen von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigen Einkommen zu helfen, sollte der Staat lieber dafür Sorge tragen, dass alle aufgrund entsprechenden Wissens von modernen Investmentangeboten profitieren können und insoweit zur Eigenverantwortlichkeit anregen. Wer ein solches Wissen anwendet, ist auch in schlechten Zeiten und im Alter nicht auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen.</p>	<p>Anders als an gerechten Löhnen und sicheren Renten besteht an der Vermögensbildung des Einzelnen kein gesamtgesellschaftliches Interesse. Auch wenn Vermögensbildung in der Schule unterrichtet wird, sorgt dies nicht dafür, dass Menschen tatsächlich mehr Geld zurücklegen können und dadurch abgesichert sind. Demgegenüber schaffen staatliche Zuschüsse einen Anreiz und helfen tatsächlich beim Aufbau eines Vermögens. Der Staat sollte lieber mehr Menschen mit niedrigem Einkommen beim Sparen unterstützen, und diejenigen, die kein Vermögen haben, sozial absichern.</p>
<p>Es ist Aufgabe der Schule, selbstständiges und eigenverantwortliches Handeln zu vermitteln und dadurch soziale Mobilität zu fördern. Dazu passt das Thema Vermögensbildung. Es ist wichtig, dass die Schule konkrete Kompetenzen vermittelt, die im späteren Leben nutzbar sind. Im Unterricht sollten daher nicht nur gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge unseres Wirtschaftssystems, sondern auch die Möglichkeiten der Vermögensbildung des Einzelnen zum Bildungsauftrag gehören.</p>	<p>Es ist Aufgabe der Schule ungeachtet der individuellen sozialen Herkunft für eine fundierte Allgemeinbildung zu sorgen, die Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen zu fördern, um einen guten Start ins Erwachsenenleben zu ermöglichen. Dazu gehört die auch kritische Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Zusammenhängen, die in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Fragestellungen und das Gemeinwohl und nicht gerichtet auf Eigennutz und Gewinnstreben erfolgen sollte.</p>

6. Weiterführende Hinweise

Allgemeine Informationen

- Brauchen wir ein eigenes Unterrichtsfach Wirtschaft?, Bundeszentrale für politische Bildung, 29.11.2019.
<https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/301282/brauchen-wir-ein-eigenes-unterrichtsfach-wirtschaft/>

Berichterstattung und journalistische Artikel

- Fehlendes Wirtschaftswissen: Riesige Bildungslücken beim Thema Geld, tagesschau.de, 11.01.2022.
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzfuhrerschein-finanzkompetenz-finanzwissen-101.html>
- Finanzapps für Kinder: Smartphones machen keinen zum Finanzprofi, FAZ, 08.01.2022.
<https://zeitung.faz.net/faz/finanzen/2022-01-08/7fdcd0a9a01c10b56c0529e5ec3008a3/?GEPC=s1>
- Mangelhafte Lehrpläne: Deutschen Schülern fehlen Grundkenntnisse in Wirtschaft, Welt, 17.05.2021.
<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article231172397/Wirtschaftsunterricht-an-deutschen-Schulen-ist-mangelhaft.html>
- Schulfach Wirtschaft? Studie legt große Lücken bei Schülern offen, Deutschlandfunk, 14.09.2021.
<https://www.deutschlandfunk.de/schulfach-wirtschaft-studie-legt-grosse-luecken-bei-schuelern-of-fen-dlf-ec6bfc16-100.html>
- Der Volkswirt: Was ein Schulfach Wirtschaft bringt, FAZ, 13.09.2021.
<https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2021-09-13/49fedcdf086524876baf90e91eb6891/>
- Studie prangert Lehrpläne an deutschen Schulen an: Große Defizite in einem wichtigen Fach, Merkur, 17.05.2021.
<https://www.merkur.de/welt/deutschland-bildung-studie-wirtschaft-oekonomie-unterricht-gymnasium-realschule-mittelschule-zr-90603499.html>

Studien, Forschungsprojekte und wissenschaftliche Publikationen

- W²-Jugendfinanzmonitor der WirtschaftsWerkstatt – SCHUFA/Forsa, 2022.
<https://www.schufa.de/themenportal/schufa-jugend-finanzmonitor/>
- Jugendstudie 2021 zu Wirtschaftsverständnis und Finanzkultur, Bankenverband/KANTAR, 2021.
<https://bankenverband.de/newsroom/meinungsumfragen/jugendstudie-2021-zur-wirtschafts-und-finanzbildung/>
- OeBiX-Studie zum Stand der ökonomischen Bildung in Deutschland – Abschlussbericht, Flossbach von Storch Stiftung/Institut für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg, 2021.
<https://www.flossbachvonstorch-stiftung.de/de/oebix-studie/>
- Ergebnisse der PISA-Studie 2018, Teil IV „Are Students Smart about money?“, OECD, 2020.
https://www.oecd-ilibrary.org/education/pisa-2018-results-volume-iv_48ebd1ba-en
- Schule, Eltern und finanzielle Bildung bestimmen das Finanzverhalten, Wochenbericht – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., 2015.
https://www.diw.de/de/diw_01.c.510351.de/publikationen/wochenberichte/2015_28_1/schule_eltern_und_finanzielle_bildung_bestimmen_das_finanzverhalten.html

Letzter Zugriff bei allen Quellen: Juli 2022

7. Verwandte Streitfragen

- Soll das Reparieren von defekten Elektrogeräten Unterrichtsfach werden?
- Soll ein Schulfach „praktische Lebensführung“ eingeführt werden?
- Soll an allgemeinbildenden Schulen die handwerkliche Ausbildung gestärkt werden?
- Soll an Grundschulen anstelle der Schreibschrift das Tastaturschreiben gelernt werden?
- Soll die Schule Kompetenzen für das familiäre Zusammenleben unterrichten?